

Erscheint
wöchentlich drei
Mal und zwar
Dienstag,
Donnerstag und
Sonntag.

Inserate:
Für den Raum
einer
Kleinvalet. Zeile
10 Pf.

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Gerichtsamtsbezirk Eibenstock

und dessen Umgebung.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

Abonnement
vierteljährlich
1 M. 20 Pf.
incl. Bringer-
lohn.

Dieses Blatt
ist auch
für obigen Preis
durch alle
Postanstalten zu
beziehen.

Annunzen-Aufnahme in der Expedition bis Mittags 12 Uhr für die am nächstfolgenden Tage erscheinende Nummer.

Bekanntmachung.

Die unterzeichnete Königliche Amtshauptmannschaft beabsichtigt in nächster Zeit folgende

A m t s t a g e

abzuhalten:

- 1) am **Donnerstag**, den 11. Juli 1878, von Vormittags 10—12 Uhr im **Sitzungszimmer des Gemeinderaths zu Schönheide**,
- 2) am **Mittwoch**, den 17. Juli 1878, von Vormittags 10—12 Uhr im **Gerichtsamtsgebäude zu Eibenstock**.

Die Amtstage haben den Zweck, den entfernteren Bezirkseingewohnten den Verkehr mit der Behörde thunlichst zu erleichtern und ist bei denselben Gelegenheit zu schriftlichen und mündlichen Anbringen, wie zur Rücksprache mit dem Unterzeichneten geboten.
Schwarzenberg, am 4. Juli 1878.

Königliche Amtshauptmannschaft.

Freiherr von Wirsing.

Tagesgeschichte.

— Berlin, 4. Juli. Ueber das Befinden Sr. Maj. des Kaisers veröffentlicht die Aerzte folgendes Bulletin: Sämmtliche Wunden Seiner Majestät sind nunmehr geheilt. In den Kräften ist eine allmähliche Zunahme bemerkbar. v. Lauer. v. Langenbeck. Wilms.

— Berlin, 3. Juli. Die „Provinzial-Correspondenz“ sagt über die Arbeiten des Kongresses: Während die politische Unabhängigkeit Rumäniens, Serbiens und Montenegros endgiltig anerkannt worden ist, hat der Kongress behufs dauernder Ordnung und Sicherung der Verhältnisse in Bosnien und der Herzegowina das Einschreiten Oesterreichs in denselben als dringendes, dem österreichischen und europäischen Interesse entsprechend anerkannt. Der vorläufige Einspruch der Türkei gegen diese Entscheidung wird die Ausführung nicht hindern können. Auch über die Frage der Wiedervereinigung Bessarabiens mit Rußland, vorbehalten eines Landstrichs an der Donaumündung gegen Abtretung der Dobrutscha an Rumänien ist bereits volles Einverständnis erfolgt. So bleibt denn von den großen entscheidenden Fragen nur noch die in Betreff Armeniens übrig, und auch über diese ist die Verständigung bereits wesentlich vorbereitet. Nach einer Voransicht geht der Kongress einem nahen und glücklichen Abschluß entgegen.

— Berlin. Die „Prov.-Corresp.“ enthält weiter einen längeren Artikel, betitelt „Die Regierung und die wirtschaftlichen Interessen des Volkes“, der also schließt: Die Steuerreform setzt voraus, daß die Regierung und die Volksvertretung aufrichtig wahr miteinander verfahren, daß man mit voller Offenheit im Einzelnen sich darüber verständigt, welche Erleichterungen für die Bundesstaaten durch die Mehreinnahmen des Reichs erzielt werden sollen. Es kann durch die Steuerreform selbst dafür gesorgt werden, daß die höheren Erträge der Reichsteuern den Einzelstaaten nach gewissen den Verhältnissen dringlichen Reformen entsprechendem Theile zu Gute kommen. In allen diesen Dingen ist die Verständigung leicht, wenn man den ernststen Willen hat, sich mit der Regierung zu verständigen. Die Staatsregierung will weder auf politischem, noch dem Steuer- und Wirtschaftsgebiete eine Reaktion, sie will vielmehr auf allen diesen Gebieten eine vernünftige Entwicklung. Gegen die Zuchtlosigkeit der Erschütterung der monarchisch-konstitutionellen, gesellschaftlichen und Eigentumsordnung will sie energisch die Kultur, Gesittung und den Fortschritt der industriellen Gebiete schützendes Eingreifen bezüglich der Steuerverhältnisse, ferner will sie verständige, das Reich und die Einzelstaaten fördernde, dem Volke die Steueraufbringung erleichternde Reform, den handelspolitischen Fragen gegenüber will sie die Wahrung der nationalen Gesamtinteressen im Sinne der Entwicklung seit dem Jahre 1848 und seit Gründung des Zollvereins ohne Voreingenommenheit durch Lehrlinge der volkswirtschaftlichen Parteien, die über der vermeintlichen Folgerichtigkeit ihrer Meinungen die praktischen Interessen der Nation übersehen. Auf diesem Wege darf die Regierung hoffen, daß die Nation ihr folgt und Männer wählt, die von der ernststen Lage bewacht und von der Nothwendigkeit eines festen praktisch fruchtbringenden Zusammengehens der Regierung und der Volksvertretung unter so schweren Verhältnissen des Vaterlandes

durchdrungen sind. Alle Wähler, denen das Gedeihen und der Aufschwung des Volkes und des Vaterlandes über das bloße Parteinteresse geht, mögen daher mit aller Entschlossenheit und Zuversicht an ihrem Theile dazu helfen, eine Reichstagsmehrheit zu sichern, welche nicht bloß in der zunächst dringlichen Abwehr der Gefahren für den Staat und die Gesellschaft, sondern ebenso sehr auf dem Gebiete der Wirtschaftsreform der kaiserlichen Regierung des Volkes Vertrauen und festen Willen zu einem freudigen Zusammenwirken entgegenbringt.

— Die „B. B. Ztg.“ schreibt: Die deutsche Reichsregierung hat bekanntlich den deutsch-österreichischen Handelsvertrag bis zum 31. Dezember d. J. von Neuem prolongirt. Es ist nicht ohne Interesse, durch offiziöse österreichische Stimmen zu vernehmen, daß Deutschland es sei, welches bislang jeder Fixirung eines Termins über den Wiederbeginn der Vertragsverhandlungen aus dem Wege gegangen. Es hat diese Version mehr Wahrscheinlichkeit für sich, da die deutsche Regierung mit der bekannten Reform ihrer Zoll- und Wirtschaftspolitik beschäftigt und es bekannt ist, daß der deutsche Reichskanzler besonders der von der schützöllnerischen Partei aufgestellten Forderung nach einem autonomen Zolltarif für Deutschland im Ganzen zustimmend gegenübersteht. Die Regierung, speziell der Reichskanzler, erwartet durch die Neuwahlen zum Reichstage einen Succurs von Abgeordneten, die seine durch die offiziöse Presse zur Kenntniß gelangten Pläne hinsichtlich seiner Zollpolitik im Ganzen unterstützen werden. In Oesterreich zeigen sich die auch in der dortigen Regierung stark vertretenen schützöllnerischen Kreise mit einem Male, seitdem die deutsche Regierung eine kleine schützöllnerische Schwankung anstrebt, ungemein vertragsfreundlich. Auch der bevorstehende Abschluß der Handels-Verträge seitens des deutschen Reiches sollte bei den Neuwahlen wohl eine Berücksichtigung finden. Selingt es dem Reichskanzler, für seine Projekte eine Majorität zu erlangen, so ist es mehr als gewiß, daß Deutschland einen autonomen Zolltarif nach dem Muster des vom Centralverband deutscher Industriellen ausgearbeiteten Tarifs erhalten wird. Es ist daher Pflicht des nächsten Reichstags, daß wenigstens die dem Reichstag in seiner letzten Session vorgelegte Denkschrift über die zwischen Deutschland und Oesterreich gepflogenen Verhandlungen wegen Abschluß des Handelsvertrages zur Besprechung gelangen. In der letzten Session ist man sowohl von freihändlerischer, als auch von schützöllnerischer Seite geflissentlich der Diskussion über diese Denkschrift aus dem Wege gegangen. Es ist an der Zeit, daß die Reichsregierung dieser hochwichtigen Frage gegenüber endlich die nöthigen Aufklärungen giebt.

— Das Schreiben, welches unter Bezugnahme auf die früher zwischen dem Kaiser Wilhelm und dem Papst Leo XIII. gewechselten Schriftstücke unter dem 10. Juni von Seiten des Kronprinzen an den Papst ergangen ist, spricht sich mit aller Bestimmtheit dahin aus, daß auch der deutsche Kronprinz nicht nach Canossa zu gehen gedenkt. Es lautet seinem wesentlichen Inhalt nach wörtlich: „Nach Inhalt der letztergangenen Zuschrift Ew. Heiligkeit muß ich leider annehmen, daß Ew. Heiligkeit die in dem Schreiben meines Herrn Vaters vom 24. März ausgedrückte Hoffnung nicht glauben erfüllen zu können, daß Ew. Heiligkeit den Dienern Ihrer Kirche den Gehorsam gegen die Befehle